2016/42 Inland

https://www.jungle.world/artikel/2016/42/bezeichnende-ignoranz

Die Debatte um den verhinderten Selbstmordattentäter Jaber al-Bakr offenbart eine bezeichnende Ignoranz

Bezeichnende Ignoranz

Von **Alex Feuerherdt**

Die Geschehnisse und Debatten rund um die Verfolgung, die Verhaftung und den Suizid von Jaber al-Bakr, der einen Bombenanschlag in Deutschland geplant haben soll, sind ein anschauliches Beispiel für die derzeitigen politischen Zustände in Deutschland – insbesondere in Sachsen.

Für den Spott braucht bekanntermaßen nicht zu sorgen, wer den Schaden hat. Und tatsächlich luden die vielen Versäumnisse, Pannen und Fehler im Zusammenhang mit der Verfolgung, der Festnahme und dem Suizid von Jaber al-Bakr, der unter dem Verdacht stand, einen Sprengstoffanschlag zu planen, dazu ein, über die Behörden zu spotten. Also nahm sich unter anderem das Satireportal Der Postillon der Sache an und veröffentlichte einen meldungsartigen Text, in dem der Leiter jener Leipziger Haftanstalt, in der sich der 22jährige Syrer das Leben genommen hatte, mit der fingierten Äußerung zitiert wurde, »es habe keine Hinweise darauf gegeben, dass bei einem mutmaßlichen Selbstmordattentäter wie al-Bakr mit einem Selbstmord zu rechnen gewesen sei«. Auch in den sozialen Netzwerken wurde dieser Punkt vielfach aufgegriffen – nicht zuletzt von twitternden Journalisten –, mal in ernster, mal in höhnischer Weise: Wie kann es sein, dass bei jemandem, der einen Selbstmordanschlag geplant hatte, die Suizidgefahr offenbar unterschätzt wurde?
Es spricht Bände, dass ausgerechnet ein erzreaktionärer Kommentator wie Jasper von Altenbockum in der FAZ auf etwas hinwies, das auch in weniger konservativen Kreisen längst hätte bekannt sein müssen: »Es ist zweierlei, ob ein Extremist möglichst viele Unschuldige mit in den Tod reißen will und dafür sein eigenes Leben wegwirft – oder ob er nur sich selbst tötet, weil er dabei gescheitert ist, ein ›Märtyrer‹ zu werden.« Denn bei islamistischen Selbstmordanschlägen steht nachweislich nicht der Freitod im Mittelpunkt, vielmehr setzt der Attentäter seinen Körper gezielt als Waffe ein; die zweite »Intifada« der Palästinenser in Israel ist dafür geradezu ein Musterbeispiel. Es geht den Jihadisten um ein Selbstopfer zur Vernichtung von »Ungläubigen« und vermeintlichen Apostaten, sie handeln keineswegs aus Verzweiflung. Das schließt einen Suizid im Falle des Scheiterns zwar nicht aus, aber es besteht nicht der nahezu automatische Zusammenhang, wie er bei al-Bakr von vielen angenommen wurde.

Den Verantwortlichen in der JVA Leipzig ist deshalb auch nicht der Vorwurf zu machen, eine Zwangsläufigkeit übersehen oder ignoriert zu haben, die tatsächlich gar nicht existiert. Gleichwohl gab es bei al-Bakr Anzeichen für eine erhöhte Suizidgefahr, die von der Gefängnisleitung nicht als solche eingeschätzt wurden. Die Zerstörung einer Lampe etwa, die Manipulation einer Steckdose – es mutet schon verwunderlich an, mit welcher Gewissheit man in der Haftanstalt davon ausging, dies seien lediglich Erscheinungsformen eines für neuaufgenommene Häftlinge nicht ungewöhnlichen Vandalismus. Auch dem Hungerstreik wurde augenscheinlich keine besondere Bedeutung beigemessen. Hinzu kam, dass ein Dolmetscher nicht durchgehend zur Verfügung gestanden haben soll und die Psychologin, die mit al-Bakr ein anderthalbstündiges Gespräch geführt und eine gesteigerte Suizidwahrscheinlichkeit anschließend verneint hatte, keine Erfahrung im Umgang mit islamistischen Terrorverdächtigen hatte. So kam es, dass auf die Unterbringung in einer besonders gesicherten und lückenlos überwachten Zelle verzichtet wurde. Das sind befremdliche Versäumnisse und Nachlässigkeiten, wenn man bedenkt, dass Jaber al-Bakr kein Gefangener wie jeder andere war.
Die politisch Verantwortlichen in Sachsen taten jedoch vielfach so, als sei nichts besonders Kritikwürdiges geschehen. Justizminister Sebastian Gemkow (CDU) beispielsweise sagte auf einer Pressekonferenz, er sehe kein Fehlverhalten. Konsequenzen mochte er deshalb nicht ziehen. Auch Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) wies die gegen die sächsische Justiz gerichteten Vorwürfe zurück und beteuerte, er vertraue dem zuständigen Minister voll und ganz. Der CDU-Landtagsabgeordnete Alexander Krauß schrieb auf Facebook sogar: »Der syrische Terrorist al-Bakr ist tot. Im Gegensatz zu den Grünen ist das für mich kein Grund zur Trauer. Ich bin froh, dass er niemand anderen mit ins Verderben ziehen konnte.« Dass al-Bakr der Justiz, der Polizei und der Politik aufschlussreiche Hinweise hätte liefern können und sein Suizid schon deshalb mehr als misslich ist, zog Krauß offenbar nicht in Betracht. Eine bezeichnende Ignoranz.
Den Freitod des Syrers nicht verhindert zu haben, war nicht der einzige Fehler, der den sächsischen Behörden unterlief. Ein Spezialeinsatzkommando (SEK) brach einen ersten Festnahmeversuch im noch nicht geräumten Plattenbau im Chemnitzer Fritz-Heckert-Viertel ab, weil nicht klar war, in welcher Wohnung sich al-Bakr befand. Im weiteren Verlauf des Einsatzes kam das SEK nicht nahe genug an den Verdächtigen heran, um ihn eindeutig zu identifizieren. Noch während der Umstellung des Gebäudes verließ ein Mann das Haus und ließ sich auch von einem Warnschuss nicht aufhalten. Der Leiter des Landeskriminalamtes sagte später, die Beamten seien wegen ihrer schweren Schutzausrüstung nicht in der Lage gewesen, ihm zu folgen. Da sich Unbeteiligte in der Nähe aufhielten, sei ein gezielter Schuss nicht zu verantworten gewesen.
So konnte al-Bakr ungehindert und unerkannt von Chemnitz über Eilenburg nach Leipzig flüchten, wo er nach einer Übernachtungsmöglichkeit suchte. Im Leipziger Plattenbauviertel Paunsdorf wurde er schließlich gefasst. Auch dazu wäre es womöglich nicht gekommen, wenn syrische Landsleute ihn nicht in ihrer Wohnung überwältigt und gefesselt hätten, um anschließend die Polizei zu informieren. Ein bemerkenswertes Handeln, das von sächsischen Regierungspolitikern jedoch tagelang nur zögerlich und zurückhaltend gewürdigt wurde. In den sozialen Netzwerken und zahlreichen Medien rühmten dagegen viele diese mutige Tat, schienen teilweise allerdings eigenartig überrascht darüber zu sein, dass syrische Flüchtlinge in Deutschland den Terror nicht nur nicht gutheißen, sondern ihn sogar aktiv zu verhindern versuchen und beispielsweise in

großen Facebook-Gruppen darüber diskutieren, wie man Jihadisten ausfindig und unschädlich machen könnte.
Nicht wenige Anhänger von AfD und Pegida stürzten sich derweil auf die Meldung, dass Jaber al-Bakr in seiner Vernehmung die drei Landsleute, die ihn der Polizei übergeben hatten, der Mitwisserschaft an seinen Anschlagsplänen bezichtigt haben soll. Als wäre das bereits eine gesicherte Tatsache und nicht bloß eine Behauptung, hieß es von rechtspopulistischer Seite vielfach, es zeige sich, dass die Geflüchteten aus Syrien doch alle unter einer Decke steckten und gemeinsam terroristische Anschläge in Deutschland planten. Die betreffenden Männer dagegen wiesen al-Bakrs Aussage zurück. »Weil wir ihn der Polizei übergeben haben, wollte er sich rächen, uns hinter Gitter bringen«, sagte einer von ihnen. Die drei berichteten zudem von Morddrohungen durch Sympathisanten des »Islamischen Staates« (IS) und beklagten, in Deutschland keinen Schutz vor IS-Anhängern zu erhalten.
Die Causa al-Bakr ist ein weiteres anschauliches Beispiel für die politischen Zustände in Deutschland – und dort insbesondere in Sachsen. Behörden, die beinahe keinen Fehler, keine Panne und kein Versäumnis auslassen; Politiker, deren Selbstgefälligkeit und Ignoranz oftmals himmelschreiend sind; schließlich eine Debatte, die vielfach durch haarsträubende Argumente gekennzeichnet ist.
Was Monis Bukhari zu sagen hat, gibt deshalb zu denken. Der 38jährige, der aus Damaskus nach Deutschland geflüchtet ist, die 152 000 Mitglieder zählende Facebook-Gruppe »Syrisches Haus in Deutschland« administriert und syrische Flüchtlinge unterstützt, klagte auf Spiegel Online in einem Interview: »Viele Syrer haben mittlerweile das Gefühl, beweisen zu müssen, dass sie keine bösen Absichten haben und keine Gewalt nach Deutschland bringen wollen. Sie fühlen sich unter ständiger Beobachtung und wollen nichts falsch machen, deshalb achten sie sehr darauf, wie sie sich verhalten, was sie sagen.« Auf der anderen Seite hätten viele auch Angst: »Vor Pegida, der AfD, vor Rechten.« Dabei wünschten sie sich nichts mehr, so Bukhari weiter, »als dass der Krieg in Syrien endet und nicht hierher kommt. Und von den Deutschen wünschen sie sich, dass sie ihnen das Gefühl geben, hier beschützt zu sein und nicht beschuldigt zu werden.«

© Jungle World Verlags GmbH